

Arbeitsrecht bei der Umstrukturierung von Unternehmen und Betrieben

Bearbeitet von
Von: Michael Bachner, Peter Gerhardt, und Volker Matthießen

5. Auflage 2018. Buch. 525 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 4400 8
Format (B x L): 15,4 x 22,7 cm

[Recht > Arbeitsrecht > Arbeitsrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NOMOSPRAXIS

Bachner | Gerhardt | Matthießen

Arbeitsrecht bei der Umstrukturierung von Unternehmen und Betrieben

5. Auflage



Nomos

NOMOSPRAXIS

Michael Bachner | Peter Gerhardt |
Volker Matthießen

Arbeitsrecht bei der Umstrukturierung von Unternehmen und Betrieben

5. Auflage

Dr. Michael Bachner, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Frankfurt a.M. | **Peter Gerhardt**, Rechtsanwalt, Limburgerhof | **Dr. Volker Matthießen**, Richter am Arbeitsgericht Offenbach am Main als Ständiger Vertreter des Direktors a.D.



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4400-8

5. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Das Handbuch „Arbeitsrecht bei der Umstrukturierung von Unternehmen und Betrieben“ setzt die noch unter dem Titel „Arbeitsrecht bei Unternehmensumwandlung und Betriebsübergang“ erschienene Voraufgabe in der Praktikerreihe *NomosPraxis* jetzt in der fünften Auflage fort. Die Änderung im Titel soll zum Ausdruck bringen, dass auch zahlreiche, insbesondere betriebsverfassungsrechtliche, Fragen mitbehandelt werden, die für die Praxis auch außerhalb des Betriebsübergangs und der Unternehmensumwandlung von Bedeutung sind.

Das Praktiker-Handbuch hilft, die vielfältigen Fragestellungen, die im Zusammenhang mit Unternehmensumwandlung und Betriebsübergang in individual- und kollektivarbeitsrechtlicher Hinsicht einschl. der betrieblichen Altersversorgung sowie auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts entstehen, einer zügigen und praxistauglichen Lösung zuzuführen. In übersichtlicher Weise wird dargestellt, wie auf Outsourcing, Betriebs- und Unternehmensteilung, Tarifflicht und Flucht aus der Unternehmensmitbestimmung reagiert werden kann. Dabei nehmen die Beteiligungsrechte des Betriebsrats einen großen Raum ein.

Seit Erscheinen der letzten Auflage im Jahr 2012 sind sechs Jahre vergangen. Eine Neuauflage des Handbuchs war deshalb dringend notwendig. Diese Neuauflage bringt das erfolgreiche Handbuch auf den neuesten Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung. Wo erforderlich werden die neueren Tendenzen in der Literatur berücksichtigt.

Das Autorenteam hat sich geändert: Dr. Roland Köstler und Wolfgang Trittin sind nicht mehr dabei; statt Ihrer ist RA und Fachanwalt für Arbeitsrecht Peter Gerhardt, schwegler rechtsanwälte, hinzugetreten. Alle Autoren verfügen über langjährige Erfahrungen als Rechtsanwälte mit Spezialisierung im Arbeitsrecht, insbesondere im Bereich M&A, und als Arbeitsrichter. Selbstverständlich fließen in das Handbuch auch diese vielfältigen praktischen Erfahrungen der Autoren sowohl in beratender wie auch in forensischer Hinsicht ein.

Anregungen zur weiteren Gestaltung des Buches nehmen wir gern auf. Gleichzeitig danken wir allen, die bereits mit ihren Ratschlägen, Empfehlungen und praktischen Hilfestellungen an der Entstehung dieses Buches mitwirkten.

Frankfurt, Rodgau im April 2018

Michael Bachner

Peter Gerhardt

Volker Matthießen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	19
Literaturverzeichnis	21
§ 1 Einführung	25
§ 2 Gesellschaftsrechtliche Grundlagen zur Umstrukturierung von Unternehmen und Betrieben	27
I. Gesellschaftsrechtliches Grundlagenwissen	27
1. Rechtsträger/Rechtsobjekte	27
2. Betrieb/Unternehmen/Konzern/Arbeitgeber	30
a) Betrieb	30
b) Unternehmen	30
c) Konzern	30
d) Arbeitgeber	31
II. Gestaltungsformen der Unternehmensumstrukturierungen	32
1. Systematische Abgrenzung Einzel-/Gesamtrechtsnachfolge	32
2. Betriebsübergang/Einzelrechtsübertragung/Asset-deal	32
3. Gesamtrechtsnachfolge (außerhalb des UmwG)	33
4. Sonstige Fälle	33
a) Anteilseignerwechsel (Share-deal)	33
b) Fusion	33
c) Unternehmensübernahmen/Take-over	34
d) Übertragende Auflösung/Squeeze-out	34
III. Die Unternehmensumwandlung nach dem Umwandlungsgesetz und nach den europarechtlichen Umsetzungsgesetzen	35
1. Grundlagen	35
a) Entstehungsgeschichte	35
b) Ziele der Rechtsänderung	36
c) Neuere Entwicklung, insbesondere durch Europarecht	37
2. Umwandlungsformen nach dem UmwG ohne grenzüberschreitende Elemente	37
a) Verschmelzung	38
b) Spaltung	39
c) Vermögensübertragung	42
d) Formwechsel	43

Inhaltsverzeichnis

3.	Umwandlungsformen mit grenzüberschreitenden Elementen	44
a)	Die Gründung der europäischen Aktiengesellschaft	44
b)	Grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften allgemein	53
§ 3	Auswirkungen auf die Unternehmensmitbestimmung	55
I.	Das System der Unternehmensmitbestimmung	55
1.	Überblick über die Formen	55
2.	Verfahren zur Änderung der Aufsichtsratszusammensetzung	57
a)	Vorbemerkung	57
b)	Unstreitiges Statusverfahren	57
c)	Gerichtsverfahren gem. § 98 f AktG	59
d)	Notwendigkeit eines Verfahrens	61
II.	Formwechsel ohne grenzüberschreitendes Element	62
1.	Aufsichtsratskontinuität	62
2.	Formwechsel mit positivem Mitbestimmungseffekt	64
3.	Wegfall des Aufsichtsrates	64
III.	Verschmelzung/Spaltung/Vermögensübertragung/Sonstige Umstrukturierungsfälle ohne grenzüberschreitendes Element	65
1.	Verschmelzung	65
a)	Aufnahme	66
b)	Neugründung	66
2.	Spaltung	66
a)	Aufspaltung	66
b)	Abspaltung	67
c)	Ausgliederung	67
3.	Vermögensübertragung	67
4.	Sonstige Umstrukturierungsfälle	67
a)	Asset-deal/Share-deal	68
b)	Anwachsung	68
c)	Besondere Fälle der Einzelrechtsübertragung	69
IV.	Mitbestimmungsbeibehaltung	69
1.	Allgemeines	69
2.	Mitbestimmungsbeibehaltungsgesetz von 1994	71
3.	Mitbestimmungsbeibehaltung nach § 325 Abs. 1 UmwG	71
a)	Entstehungsgeschichte	71
b)	Tatbestandsvoraussetzungen	72
c)	Rechtsfolgen	73
V.	Verschmelzung/Umwandlung zur SE/Grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften	74
1.	Die Verhandlungen bei der Gründung einer SE	75
2.	Einsetzung eines besonderen Verhandlungsgremiums	75
3.	Weiteres zum besonderen Verhandlungsgremium	78

4.	Beschlussfassungen und Mehrheitsverhältnisse im Besonderen	
	Verhandlungsgremium	79
	a) Vereinbarungslösung	81
	b) Auffangregelung	83
5.	Mitbestimmung bei Verschmelzung über die Grenze	86
	a) Wann ist zu verhandeln?	86
	b) Einzelheiten der Verhandlungen/Unterschiede zur SE	87
	c) Niederlassungsfreiheit und grenzüberschreitender Formwechsel	89
VI.	Konzern/Konzernaufsichtsrat	90
	1. Umstrukturierung im Konzern	90
	a) Bereich des Mitbestimmungsgesetzes	90
	b) Bereich Drittelbeteiligungsgesetz 2004	93
	c) Die Rolle des Konzernaufsichtsrates	96
	2. Die Umwandlung führt zur Entstehung eines Konzerns	97
§ 4	Betriebsverfassungsrechtliche Fragen von Betriebsübergang und Unternehmensumwandlung	98
I.	Die Rechtsstellung des Betriebsrats und seiner Mitglieder	98
	1. Fortbestand des Betriebsrats bei Wahrung der Betriebsidentität	98
	a) Umstrukturierung unter Wahrung der Betriebsidentität	98
	b) Der Gemeinschaftsbetrieb	100
	2. Übergangsmandat des Betriebsrats und Auswirkungen der Umstrukturierung auf die Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder	110
	a) Hintergründe und Entstehung des Übergangsmandats	110
	b) Dauer des Übergangsmandats	112
	c) Inhalt des Übergangsmandats	114
	3. Zusammenlegung und Spaltung von Betrieben und Betriebsteilen (Beispielfälle)	116
	4. Restmandat des Betriebsrats	127
	5. Die Mitbestimmungsbeibehaltungsvereinbarung nach § 325 Abs. 2 UmwG	130
II.	Kollektivrechtliche Fortgeltung von Betriebsvereinbarungen	133
	1. Betriebsvereinbarungen bei identitätswahrender Betriebsübertragung	133
	2. Betriebsvereinbarung und gemeinsam geführter Betrieb mehrerer Unternehmen	134
	3. Betriebsvereinbarung und Übergangsmandat	135
III.	Kollektivrechtliche Fortgeltung von Gesamtbetriebsvereinbarungen	137
IV.	Kollektivrechtliche Fortgeltung von Konzernbetriebsvereinbarungen ...	146
V.	Transformation in Individualarbeitsrecht und Ablösung durch andere Regelungen	147
	1. Allgemeines	147

Inhaltsverzeichnis

2.	Transformation und Ablösung von Betriebsvereinbarungen	148
3.	Transformation und Ablösung von Gesamtbetriebsvereinbarungen	154
4.	Transformation und Ablösung von Konzernbetriebsvereinbarungen	154
VI.	Schicksal von Betriebsvereinbarungen bei unternehmensinternen Umstrukturierungen	155
1.	Problemstellung	155
2.	Rechtliche Einordnung	155
3.	Lösungsansatz: Gestaltungswirkung kollektiver Normenordnungen	156
4.	Beispiele	160
VII.	Die Beteiligung des Betriebsrats und des Wirtschaftsausschusses	161
1.	Die Unterrichtung des Betriebsrats nach dem BetrVG	161
a)	Unterrichtung des Betriebsrats und Hinzuziehung von sachkundigen Auskunftspersonen/Sachverständigen nach § 80 Abs. 2 und 3 BetrVG	161
b)	Unterrichtung des Betriebsrats nach § 111 BetrVG	166
2.	Die Unterrichtung des Betriebsrats nach dem UmwG	189
a)	Umwandlungsrechtlicher Unterrichtungsanspruch	189
b)	Zuständiger Betriebsrat und Fristen	193
c)	Rechtsfolgen einer fehlerhaften Unterrichtung des Betriebsrats nach dem UmwG	196
d)	Verhältnis zur betriebsverfassungsrechtlichen Unterrichtungspflicht	198
3.	Die Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses	199
a)	Bildung des Wirtschaftsausschusses	199
b)	Unterrichtungs- und Beratungsanspruch	201
c)	Wirtschaftliche Angelegenheiten nach § 106 Abs. 3 BetrVG	204
4.	Mitbestimmung des Betriebsrats gem. §§ 111, 112 BetrVG	207
a)	Der Interessenausgleich	207
b)	Der Sozialplan	220
5.	Sozialplan in der Insolvenz	253
6.	Nachteilsausgleichsanspruch gem. § 113 BetrVG	253
a)	Allgemeines	253
b)	Voraussetzungen des Nachteilsausgleichsanspruchs	254
c)	Höhe des Nachteilsausgleichsanspruchs	256
§ 5	Tarifvertragliche Folgen von Unternehmensumwandlung und Betriebsübergang	257
I.	Grundlagen	257
1.	Tarifvertragsparteien – Tariffähigkeit	257
a)	Tariffähigkeit von Berufsverbänden	258
b)	Tariffähigkeit einzelner Arbeitgeber	261

c) Tariffähigkeit von Spitzenorganisationen	261
2. Tarifzuständigkeit	261
3. Tarifgebundenheit	263
4. Inhalt von Tarifverträgen	266
a) Normativer Teil	266
b) Schuldrechtlicher Teil	267
5. Arten von Tarifverträgen	267
a) Verbands- bzw. Flächentarifvertrag	267
b) Firmentarifvertrag	268
c) Firmenbezogener Verbandstarifvertrag	268
d) Anerkennungstarifvertrag	268
II. Schicksal tarifvertraglicher Normen bei Umwandlung und Betriebsübergang (Grundzüge)	269
1. Allgemeine Ausführungen	269
2. Überblick über die Struktur von § 613 a Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 BGB	269
3. Überblick über tarifvertraglichen Grundlagen – Festlegung des Prüfungsmaßstabs	270
III. Kollektivrechtliche Fortgeltung des Verbandstarifvertrages	270
1. Einzelrechtsnachfolge	270
2. Gesamtrechtsnachfolge	270
IV. Kollektivrechtliche Fortgeltung des Firmentarifvertrages	271
1. Einzelrechtsnachfolge	271
2. Gesamtrechtsnachfolge	272
V. Transformation in Individualarbeitsrecht	272
1. Transformation tarifvertraglicher Regelungen in den Arbeitsvertrag	272
2. Transformation tarifvertraglicher Regelungen, welche sich in der Nachwirkung befinden	273
3. Umfang der Transformation tarifvertraglicher Regelungen	273
4. Wirkung der Transformation – statische Weitergeltung tarifvertraglicher Regelungen	273
5. Auswirkungen mehrfacher Betriebsübergänge auf transformierte Regelungen	274
6. Transformation bei tarifvertraglichen Ansprüchen auf gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	275
7. Transformation – einjährige Veränderungssperre	276
a) Veränderungssperre – Allgemeine Ausführungen	276
b) Veränderungssperre – Ausnahmen	277
VI. Verdrängung eines Verbands- oder Firmentarifvertrages durch andere Tarifnormen auf Seiten des Erwerbes, § 613 a Abs. 1 Satz 3 BGB	278
VII. Anwendbarkeit des Tarifvertrages aufgrund arbeitsvertraglicher Bezugnahmeklausel	280
1. Einführung	280

Inhaltsverzeichnis

2. Bezugnahmeklausel in vor 2002 abgeschlossenen Arbeitsverträgen	282
3. Bezugnahmeklausel in ab 2002 vereinbarten Arbeitsverträgen	283
4. Nachträgliche Änderung eines Altvertrages	284
5. Rechtsprechung des EuGH zur Bezugnahmeklausel	284
6. Anwendung eines Tarifvertrages kraft Bezugnahmeklausel im Verhältnis zur kollektiven Geltung eines Tarifvertrages kraft Tarifbindung	286
§ 6 Voraussetzungen und individualrechtliche Auswirkungen des Betriebsübergangs	287
I. Wahlfreiheit des Unternehmers zwischen Einzel- und Gesamtrechtsnachfolge	287
II. Einzelrechtsnachfolge	288
1. Begriff der Einzelrechtsnachfolge und Abgrenzung zur Gesamtrechtsnachfolge	288
2. Maßgeblicher Betriebs(teil)begriff, wirtschaftliche Einheit	289
a) Allgemeines	289
b) Beispiele	294
3. Wechsel der Inhaberstellung durch Rechtsgeschäft	300
4. Zeitpunkt des Betriebsübergangs	303
5. Nichtigkeit und Unwirksamkeit des Rechtsgeschäfts	304
6. Hoheitsakte	305
a) Öffentlich-rechtliche Funktionsnachfolge	305
b) Betriebsübergang im Insolvenzverfahren	305
c) Betriebsübergang in der Zwangsvollstreckung	306
III. Gesamtrechtsnachfolge	307
1. Numerus clausus der Umwandlungsformen	307
2. Umwandlungsformen nach dem UmwG, Anwachsung	307
a) Verschmelzung	307
b) Spaltung	308
c) Vermögensübertragung	308
d) Formwechsel	308
e) Sonderfall: Betriebsübergang durch Anwachsung	309
3. Geltung von § 613 a Abs. 1 und 4 BGB bei Unternehmensumwandlung	309
IV. Persönlicher Anwendungsbereich von § 613 a BGB	310
V. Abgrenzung zwischen Betriebsstilllegung und Betriebsübergang	311
VI. Auslandssachverhalte	313
1. Allgemeines	313
2. Einzelrechtsnachfolge	313
3. Gesamtrechtsnachfolge	315
VII. Übergang der Arbeitsverhältnisse	315

VIII. Zuordnung der Arbeitsverhältnisse	317
1. Grundregel	317
2. Rein umwandlungsrechtliche Zuordnung von Arbeitsverhältnissen	319
IX. Unterrichtsanspruch des Arbeitnehmers	320
1. Zweck des § 613 a Abs. 5 BGB	320
2. Zur Unterrichtung verpflichtete Arbeitgeber	321
3. Inhalt des Unterrichtsanspruchs	321
a) Zeitpunkt des Betriebsübergangs	322
b) Grund für den Betriebsübergang	322
c) Folgen des Betriebsübergangs	322
d) In Aussicht genommene Maßnahmen	326
4. Zeitpunkt der Unterrichtung	326
5. Form der Unterrichtung	327
6. Adressat und Zugang der Unterrichtung	328
7. Rechtsfolgen einer fehlerhaften, verspäteten oder unterbliebenen Unterrichtung	328
8. Darlegungs- und Beweislast	330
X. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	330
1. Rechtsnatur und Schutzzweck	330
2. Ausübung des Widerspruchsrechts	331
a) Willenserklärung	331
b) Form	331
c) Bevollmächtigung	331
d) Kollektive Ausübung	332
e) Frist	332
f) Inhalt	332
g) Begründung	333
h) Adressat des Widerspruchs	333
i) Verwirkung	333
3. Folgen des Widerspruchs	334
a) Fortbestand des Arbeitsverhältnis mit Veräußerer	334
b) Lohnansprüche	335
c) Kündigung	335
d) Sozialplanleistungen	337
e) Arbeitslosengeld	337
f) Auswirkungen auf den Betriebsübergang	337
XI. Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis	338
1. Allgemeines	338
2. Praktisch bedeutsame Problemfälle	340
3. Insolvenz	344
4. Vertrag zugunsten Dritter	345
XII. Haftung	346
1. Haftung von Betriebserwerber und Betriebsveräußerer bei Einzelrechtsnachfolge	346

Inhaltsverzeichnis

2. Haftung von Betriebserberwerber und Betriebsveräußerer in Umwandlungsfällen	347
XIII. Arbeitgeberkündigung bei Betriebsübergang und Unternehmensumwandlung	349
1. Verbot der Kündigung wegen des Betriebsübergangs (§ 613 a Abs. 4 Satz 1 BGB)	349
a) Regelungszweck	349
b) Anwendungsbereich	350
c) Kündigung wegen des Betriebsübergangs	351
d) Maßgebender Zeitpunkt	351
e) Rechtsfolgen	352
2. Umgehung des Kündigungsverbots	352
a) Befristung von Arbeitsverhältnissen und auflösende Bedingungen	352
b) Aufhebungsvertrag	353
c) Arbeitsvertragsänderungen	354
d) Eigenkündigung des Arbeitnehmers	356
e) Änderungsvereinbarung	356
f) Änderungskündigung	357
3. Kündigung aus anderen Gründen (§ 613 a Abs. 4 Satz 2 BGB)	357
a) Sanierungs- und Rationalisierungskündigung des Betriebsveräußerers	358
b) Kündigung durch den Veräußerer nach Erwerberkonzept	359
c) Betriebsstilllegung	360
d) Sozialauswahl	362
e) Wiedereinstellungsanspruch	362
4. Umwandlungsrechtliche Besonderheiten	363
a) Kündigungsschutz im gemeinsamen Betrieb mehrerer Unternehmen, § 322 UmwG	363
b) Schutz der kündigungrechtlichen Stellung gem. § 323 UmwG	364
c) Sozialauswahl bei der Umwandlung	365
XIV. Prozessrechtliche Sonderfragen	366
1. Darlegungs- und Beweislast	366
a) Außerhalb des Anwendungsbereiches des KSchG	366
b) Im Anwendungsbereich des KSchG	366
2. Kündigungsschutzprozess und Betriebsübergang	368
a) Klagefrist	368
b) Passivlegitimation	368
c) Subjektive Klagehäufung	370
d) Drittwiderklage	370
e) Auflösungsantrag gem. § 9 KSchG	370
f) Fortsetzungsverlangen	371
3. Rechtskraftwirkung	372

§ 7 Betriebliche Altersversorgung	373
I. Einleitung	373
II. Die Risikobegrenzung für den Verlust von betrieblichen Versorgungsansprüchen durch den gesetzlichen Insolvenzschutz und gesetzliche Schranken bei der Liquidation	375
1. Insolvenzschutz für Betriebsrenten	376
2. Insolvenzschutz bei Versorgungsanwartschaften	379
a) Unterschiede hinsichtlich der Durchführungswege	379
b) Allgemeine Grenzen des Insolvenzschutzes	380
c) Unverfallbarkeitsvoraussetzungen	381
d) Insbesondere: Insolvenzschutz bei Anwartschaften aus einer Entgeltumwandlung	383
3. Privatrechtlicher Insolvenzschutz	386
4. Grenzen des Insolvenzschutzes in Fällen mit Auslandsberührung ...	388
5. Liquidation	389
6. Übersicht	392
III. Informationspflichten	393
IV. Vorbeugender Gläubigerschutz	398
1. Sicherungsfähige Versorgungsanwartschaften und -ansprüche	401
2. Ausschluss des Rechts auf Sicherheitsleistung	406
a) § 22 Abs. 2 UmwG	406
b) Insolvenzschutz nach §§ 7 ff. BetrAVG	407
c) Der PSV als Gläubiger?	408
3. Umfang	408
a) Versorgungsansprüche	408
b) Versorgungsanwartschaften	410
V. Übergang der Versorgungsverpflichtungen	411
1. Die Grundregel: Übergang der Versorgungsverpflichtungen beim Betriebsübergang	411
a) Anwartschaften aktiver Arbeitnehmer	411
b) Versorgungsverpflichtungen gegenüber Betriebsrentnern und ausgeschiedenen Arbeitnehmern	412
c) Besonderheiten bei einem Betriebsübergang in der Insolvenz	413
d) Möglichkeiten abweichender Vertragsgestaltung?	414
2. Der Übergang von Versorgungsverpflichtungen bei einer Unternehmensumwandlung	417
a) Versorgungsanwartschaften aus einer unmittelbaren Versorgungszusage bei bestehendem Arbeitsverhältnis	417
b) Unverfallbare Versorgungsanwartschaften ausgeschiedener Arbeitnehmer und Versorgungsansprüche von Betriebsrentnern	418
3. Übergang bei Durchführung der betrieblichen Altersversorgung durch selbstständige Versorgungsträger	428
a) Durchführung über eine Direktversicherung	429

Inhaltsverzeichnis

b) Durchführung über eine Unterstützungskasse	430
c) Durchführung über eine Pensionskasse	433
d) Durchführung über einen Pensionsfonds	434
VI. Der Inhalt der Versorgungsverpflichtungen	434
1. Verpflichtungen nach dem BetrAVG	434
a) Höhe der Betriebsrente	435
b) Unverfallbarkeit	436
c) Auskunftsanspruch	437
d) Insolvenzschutz	437
e) Anpassungsprüfung	438
2. Das Zusammentreffen verschiedener Versorgungszusagen nach einer Umwandlung	438
a) Vor der Umwandlung individualvertraglich begründete Zusagen	439
b) Fortgeltung kollektivvertraglich begründeter Versorgungszusagen	441
c) Individualrechtliche Fortgeltung kollektivvertraglich begründeter Versorgungszusagen	442
d) Verdrängung kollektivvertraglich begründeter Versorgungszusagen durch die Kollektivregelung des neuen Rechtsträgers	443
VII. Änderung von Versorgungszusagen	446
1. Änderung einer Betriebsvereinbarung	448
a) Besitzstände	449
b) Gründe	452
2. Kündigung einer Betriebsvereinbarung	456
3. Widerruf von Versorgungszusagen	456
4. Ablösung von Einzelzusagen mit Kollektivbezug durch Betriebsvereinbarung	456
5. Änderung durch Tarifverträge	459
6. Änderung von Einzelzusagen	461
7. Sonstige Änderungen	461
VIII. Anpassungsprüfungspflicht	461
1. Anpassungsverpflichteter	462
2. Die wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers nach dem Betriebsübergang oder der Unternehmensumwandlung	463
3. Wirtschaftliche Lage und gesamtschuldnerische Haftung	466
4. Wirtschaftliche Lage bei durch Spaltung entstandenen Rentnergesellschaften	468
5. Wirtschaftliche Lage im Konzern	473
IX. Haftung des bisherigen Rechtsträgers nach einem Betriebsübergang oder einer Umwandlung	483
1. Haftung nach einem Betriebsübergang	483
2. Umwandlung von Personengesellschaften	483
3. Spaltung	484

4. Haftung nach Betriebsaufspaltung	486
§ 8 Muster	488
1. Muster: Betriebsübergang – Wahrnehmung des Übergangsmandats	488
2. Muster: Wahrnehmung eines Restmandats bei der Abwicklung der Betriebsstilllegung	488
3. Muster: Restmandat zur Abwicklung der Betriebsspaltung	489
4. Muster: Hinzuziehung eines Sachverständigen nach § 80 Abs. 3 BetrVG.....	489
5. Fragebogen zum Unterrichtsanspruch des Betriebsrats	490
6. Muster: Sozialplan	492
7. Muster: Transfersozialplan	501
8. Muster: Dreiseitiger Vertrag zum Wechsel in eine Transfergesellschaft	504
9. Muster: Informationsschreiben über einen Betriebsübergang nach § 613 a Abs. 5 BGB.....	507
10. Widerspruch gegen den Übergang des Arbeitsverhältnisses bei Betriebs(teil)inhaberwechsel	514
Stichwortverzeichnis.....	515